

[◀ Voriger Artikel](#)[▲ Zurück zu Seite 13](#)[▼ Wie gedruckt](#)[▶ Nächster Artikel](#)

# BI schickt Brief an alle Mitglieder des Stadtrats

In einem weiteren Schreiben OB Roth um Prozesskostenhilfe gebeten

NEUWIED. In einem umfangreichen Schreiben richten sich die beiden Neuwieder Bürgerinitiativen, die sich gegen den Bau eines Biomasse-Heizkraftwerks auf dem Arnold-Georg-Gelände aussprechen, nun an die Mitglieder des Stadtrats.

Sie weisen darin nochmals darauf hin, dass das Oberverwaltungsgericht (OVG) Koblenz dem von der BI eingereichten Widerspruch gegen den Sofortvollzug der Baugenehmigung für die von SWN und Süwag geplanten Anlage stattgegeben hat. In dem Brief, der der RZ vorliegt, legen die Initiativen den Ratsmitgliedern nochmals zusammenfassend die Gründe für ihre ablehnende Haltung dar. Vor allem geht es den BI-Vertretern nochmals um den als "ungünstig" bezeichneten Standort. Das Neuwieder Becken könne aufgrund seiner Kessellage keine zusätzlichen Schadstoffbelastungen mehr verkraften, so das Fazit der BI, das ihrer Meinung nach auch wissenschaftlich untermauert werde.

Ziel der Bürgerinitiativen ist es, in Zukunft engere Gespräche mit allen politischen Parteien zu führen. Dabei soll dann eruiert werden, ob bei den Parteien noch eine grundsätzliche Bereitschaft besteht, über einen alternativen Standort zu diskutieren.

Mittlerweile geht Michael Kleinmann - der Anwalt der Kanzlei Jansen, Roszbach, Schellewald vertritt die BI - davon aus, dass ein Revisionsverfahren gegen das OVG-Urteil zwei Jahre in Anspruch nehmen würde.

In einem weiteren an Oberbürgermeister Nikolaus Roth gerichteten Schreiben bitten die Bürgerinitiativen übrigens um Prozesskostenbeihilfe durch die Stadt Neuwied.

*Rhein-Zeitung - Ausgabe Neuwied vom 06.05.2006, Seite 13.*